

Aus Bund und Ländern

## Hörgeräte sollen billiger werden

DORTMUND. Der größte Hersteller von Hörgeräten im Bundesgebiet, die Geers GmbH, Dortmund, hat angekündigt, ihre Preise um bis zu 22 Prozent zu senken, falls die Krankenkassen Festbeträge auf diesem Niveau einführen. Nach diesem Vorstoß von Geers, die über 50 Filialen unterhalten, hat die Bundesregierung der Hörgeräte-Akustiker nachgezogen. Die Bundesregierung empfiehlt ihren Mitgliedern jetzt, auch in Zukunft die Normalversorgung der Schwerhörigen ohne Zuzahlung sicherzustellen. Bei ihrer Empfehlung geht die Bundesregierung davon aus, daß die bisherigen Preise um nicht mehr als 20 Prozent unterschritten werden.

Nach Untersuchungen der Umfrage-Institute Ifo und Infratest leiden etwa 10,8 Millionen Menschen in der Bundesrepublik unter einer Hörstörung. Davon seien etwa zwei Millionen mit einem Hörgerät versorgt. rör

## Privatversicherer: Komfortzuschläge oft überdotiert

KÖLN. Erneut hat der Verband der privaten Krankenversicherung seiner Ansicht nach überhöhte Zuschläge bei der Inanspruchnahme von Wahlleistungen bei stationärer Krankenbehandlung kritisiert. In vielen Fällen stünden die Zuschläge für Ein- und Zweibettzimmer in keinem Verhältnis zu den gebotenen Komfortleistungen der Kliniken. Damit verstießen die Kliniken gegen die Vorschrift des § 10 der Bundespflegesatzverordnung, wonach die Entgelte für Wahlleistungen in einem „angemessenen Verhältnis zu den Leistungen“ stehen müßten. Der Verband hat einzelne Krankenhäuser aufgefordert, die Komfortzuschläge zu re-

duzieren und diese in ein wirtschaftliches Verhältnis zu den gebotenen Leistungen zu bringen. Auch seien schon Klagen gegen einzelne Krankenhäuser anhängig, um „überhöhte Komfort-Zuschläge“ zurückzufordern. Quantitativ sei das Angebot an Ein- und Zweibettzimmern ausreichend, erklärte der PKV-Verband. EB

## Reform des Krankenhauswesens: Länder kontra Bund

BONN. Die Krankenhausreferenten der Sozial- und Gesundheitsministerien der Länder haben einen vom Bundesarbeitsministerium nach Bonn einberufenen Termin platzen lassen, bei dem mit der Fachabteilung „Gesundheit, Krankenversicherung“ der vom Bundesarbeitsministerium im April dieses Jahres vorgelegte Erfahrungsbericht über das novellierte Krankenhausfinanzierungsrecht erörtert werden sollte.

Das Bundesarbeitsministerium hatte in dem vom Kabinett gebilligten Erfahrungsbericht als „Nahziel“ der frühestens für 1992 avisierten Weiterentwicklung des Krankenhausfinanzierungsrechtes angedeutet, daß die pauschalen Pflegesätze Zug um Zug auf Abteilungspflegesätze und differenzierte Sonderentgelte (ein erweiterter obligatorischer Katalog von 50 bis 100 Entgelten ist im Gespräch) umgestellt werden sollten. Langfristig sei eine konsequente Finanzierung der Krankenhausleistungen über leistungsbezogene Entgelte und eine stufenweise Überleitung des dualistischen auf monistisches Finanzierungssystem sinnvoll, hatte das Bundesarbeitsministerium erklärt.

Dagegen haben die Länderressorts protestiert. Sie halten die Abschaffung des dualistischen Finanzierungsgesetzes und der Landeskrankenhausesplanung (und des Letztentscheids der Länder)

für politisch nicht durchsetzbar, einmal abgesehen von den nicht zu bewältigenden finanziellen Umstellungsschwierigkeiten.

Zudem, so der Krankenhausreferent des Niedersächsischen Sozialministeriums, Ministerialrat Dr. Ernst Bruckenberger, würden die Länder bei leistungsbezogenen Entgelten und konsequenter Monistik ihrer letzten Entscheidungskompetenzen im Krankenhauswesen beraubt. Die Entscheidungsbefugnisse würden noch mehr von den Bundesländern und den Krankenhausträgern auf die Krankenkassen und den Bund verlagert werden, betonte Bruckenberger. HC

## Syrische Ärzte ohne Anklage in Haft

BONN. Seit April 1980 sind 90 Ärzte, Zahnärzte und Veterinäre ohne Anklage und Gerichtsverfahren in Syrien inhaftiert. Darauf machte amnesty international jetzt aufmerksam. Sie hatten sich an einem eintägigen Proteststreik beteiligt. Vorausgegangen war die Verabschiedung einer Resolution, in der Juristen und Ärzte das Ende des 1963 verhängten Notstandes, freie Meinungsäußerung und Glaubensfreiheit, die öffentliche Verurteilung jeder Art von Gewalt, Terror und Sabotage, die Abschaffung der Schnellgerichte und ordentliche Gerichtsverfahren für alle Häftlinge gefordert hatten. Die Behörden ignorierten die Resolution.

Die syrische Regierung gibt weder Auskunft über den Verbleib, noch über den Gesundheitszustand der Ärzte. Bis heute wurde amnesty international, die sich um die Festgehaltenen bemüht, lediglich die Freilassung von sieben der damals inhaftierten Mediziner sowie die Hinrichtung von zwei Ärzten bekanntgegeben. Hier die Kontaktadresse: Syrien Ko-Gruppe, Stichwort Ärzte, Postfach 17 02 29, 5300 Bonn. EB

## Entwicklungshilfe: Geräte-Transfer sehr schwierig

BONN. Gebrauchtes medizinisches Gerät kann häufig nur unter großen Schwierigkeiten in Entwicklungsländern eingesetzt werden. Darauf wies Staatssekretär Siegfried Lengel in einer Antwort der Bundesregierung an den Abgeordneten Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU) hin. Fehlende Installationen, Elektrizität und Wasser, Mangel an ausgebildetem Personal, die große Typenvielfalt, die aufwendige technische Anpassungen vor Ort notwendig macht, Kosten für Transport und Aufbau, die oft den Wert der Geräte übersteigen und Schwierigkeiten bei der Ersatzteilbeschaffung sowie bei der Finanzierung der Folgekosten seien die Hauptursachen für die schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit. Deshalb sei Spendenwerbung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das im Einzelfall Transporte von einfachen medizinischen Geräten in Entwicklungsländer finanziert, „nicht angebracht“. rör

## Mehr Hebammen

KARLSRUHE. Der Bund Deutscher Hebammen und die Deutsche Krankenhausgesellschaft haben sich jetzt über einen neuen Stellenschlüssel geeinigt. Danach sollen bei bis zu 500 Geburten im Jahr in jeder geburts-hilflichen Abteilung mindestens fünf Hebammen ständig beschäftigt werden. Für je hundert weitere Geburten soll eine weitere Hebamme eingestellt werden. Bisher betreute eine Hebamme durchschnittlich 140 bis 150 Geburten im Jahr; mit der neuen Regelung sind es noch hundert. Bei einer Annahme der neuen Personalanhaltszahlen rechnet der Bund Deutscher Hebammen mit bis zu 600 Neueinstellungen. rör